

Eifel / Ardennen
[23.11.2007]

Übergabe an Gemeinde soll am 1. September 2008 erfolgen /
Arbeitsgruppe eingesetzt

Paul-Gerardy-Schule: Minister Paasch wünscht Kontinuität

Von Arno Colaris

Burg-Reuland

Oliver Paasch wünscht, dass bei einer Übertragung der Paul-Gerardy-Grundschule der DG in die Trägerschaft der Gemeinde Burg-Reuland eine größtmögliche Kontinuität für die Schulkinder, das Lehrpersonal und die Eltern gewährleistet bleibt.



Das sagte der Unterrichtsminister der Deutschsprachigen Gemeinschaft am Mittwochabend bei der Einführungssitzung der Arbeitsgruppe (AG), die die Übertragung der Grundschule an die Gemeinde Burg-Reuland vorbereiten soll.

Der Reuländer Gemeinderat hatte am Montagabend neben Bürgermeister Joseph Maraite und Schulschöffe Karl-Heinz Cornely die Ratsmitglieder Peter Zeyen und Valérie Groven sowie Walter Schlabertz (Schulleiter des Gemeinde-Schulzentrums Kreuzberg-Espeler-Maldingen-Aldringen-Braunlauf) damit beauftragt, die Interessen der Gemeinde in dieser Runde zu vertreten.

Für die Deutschsprachige Gemeinschaft sitzen neben Minister Oliver Paasch dessen Kabinettschef Joseph Dries, der Leiter des Infrastrukturdienstes der DG, Johann Mockels, der Direktor der DG-Gemeinschaftszentren, Werner Baumgarten, der Leiter der Paul-Gerardy-Schule, Jean-Marie Greven, und Jörg Vomberg (Ministerium der DG) am Verhandlungstisch.

Resolution

Wie berichtet, hatte der Unterrichtsminister auf Grundlage einer Resolution vom 26. Juni 2000 des damaligen Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft, wonach die Grundschulen der DG, die keiner Mittelschule angeschlossen sind, in der Trägerschaft der Gemeinden stehen sollen, der Gemeinde Burg-Reuland eine diesbezügliche Absichtserklärung für die Paul-Gerardy-Grundschule zukommen lassen. Es handelt sich nach den Fusionen in Amel, Manderfeld, Bütgenbach und Recht um die letzte autonome Gemeinschaftsgrundschule in der Eifel.

Bei der Auftaktsitzung der AG im Gemeindehaus von Thommen dankte der Minister seinen Gastgebern für den Ratsbeschluss von Montagabend, »mit dem der Gemeinderat sein grundsätzliches Einverständnis signalisiert hat, die Paul-Gerardy-Grundschule in die kommunale Trägerschaft zu übernehmen«.

Paasch machte keinen Hehl daraus, dass im Falle einer Übernahme der Grundschule auch Kosten auf die Gemeinde zukämen. »Allerdings bricht nichts Unheilvolles über die Gemeinde ein, da die DG nach wie vor selbstverständlich für die Lehrergehälter aufkommt und auch Infrastrukturarbeiten mit 80 Prozent bezuschusst.«

Wie die Kosten aufgeteilt werden, müsse Gegenstand der jetzt begonnenen Verhandlungen sein. Wenngleich hier nicht von einer Schulzusammenlegung im eigentlichen Sinne die Rede sein könne, verwies der Minister auch auf die erfolgreich verlaufenen Fusionen in den anderen Gemeinden, um etwaigen Vorbehalten vorzubeugen.

Eltern informiert

Zentral müsse das Anliegen stehen, eine größtmögliche Kontinuität für die Schulkinder, das Lehrpersonal und die Eltern zu gewährleisten. »Für die Nutznießer der Schule soll sich in der Praxis so wenig wie möglich ändern.«

Bereits am Dienstag hatte der Minister die Schulleitung, die Leitung des KUZ, die Lehrerschaft und die Eltern über seine Pläne informiert. »Wir haben die dabei geäußerten Wünsche zur Kenntnis genommen und wollen alle Meinungen berücksichtigen, zumal sich das Einzugsgebiet der Paul-Gerardy-Schule über mehrere Ortschaften der Gemeinde erstreckt.« Der Standort der Schule solle bleiben, wo er ist, es sei denn, die Eigentumsverhältnisse würden sich ändern (siehe hierzu auch nebenstehenden Bericht).

Geklärt werden müssen im Zuge der Übertragung auch Fragen des Dienstrechts (Personal), die Gewährung von Funktionssubventionen und Mitteln für pädagogische Zwecke, die Bezeichnung des Schulleiters, der Schülertransport (Streckenführung der Schülerbusse) sowie die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Kultur- und Begegnungszentrums (warmes Mittagessen, Intendant).

Ferner werde die DG durch infrastrukturelle Maßnahmen für eine klare Abtrennung zwischen den Räumlichkeiten des KUZ und der künftigen Gemeindeschule sorgen.

Der Unterhalt der ehemaligen Staatlichen Schule wird durch das KUZ gewährleistet und nach Einschätzung von Oliver Paasch spricht im Grunde nichts dagegen, dass dies so bleibt. Die Gemeinde könne Dienstleistungen des KUZ zum Selbstkostenpreis einkaufen.

Als Zeitpunkt der Übernahme schwebt dem Minister nach wie vor der 1. September 2008 vor, doch wird dieses Datum nur zu halten sein, wenn die Verhandlungen zwischen DG und Gemeinde bis Mitte bzw. spätestens Ende April abgeschlossen sind.